STIFTUNG
PREUSSISCHE
SEEHANDLUNG

Von der Seehandlungs-Societät zur Stiftung Preußische Seehandlung

Einleitung

„Preußische Seehandlung?“ Nie gehört! Hatte die mit Kolonialismus zu tun oder mit Fischhandel? Weder noch!

Woher kommt aber der merkwürdige Name dieser Stiftung, deren Auftrag es ist, Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung zu fördern, und zwar seit 40 Jahren? Dies soll im Folgenden erläutert werden, bevor die Arbeit der Stiftung selbst vorgestellt wird, denn dieser Seehandlung und dem Land Preußen verdanken wir nicht nur den Namen der Stiftung, sondern auch ihr Kapital, durch dessen Erträge sie ihren Förderauftrag erfüllen kann. Und daher stellen wir auch – ohne uns um den sich leicht überschätzenden Zeitgeist zu kümmern – den Namen nicht infrage.

Die Geschichte der Seehandlungs-Societät lässt sich nicht in einer einheitlichen Gesamtdarstellung zusammenfassen. Meine Ausführungen können nur ein kleines Anreißen eines großen Forschungsvorhabens sein. Längst noch nicht gänzlich ausgewertet sind die 200 laufenden Meter Aktenbestände zur Preußischen Seehandlung im Geheimen Staatsarchiv, und weiteres Quellenmaterial dürfte es in anderen Archiven, auch in Polen, geben.

Das Geheime Staatsarchiv zeigte 1993 unter seinem damaligen Direktor Dr. Werner Vogel (1930–2016) in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Seehandlung eine Ausstellung zum 10-jährigen Jubiläum, deren sorgfältig erarbeiteter Katalog eine wichtige Quelle darstellt.

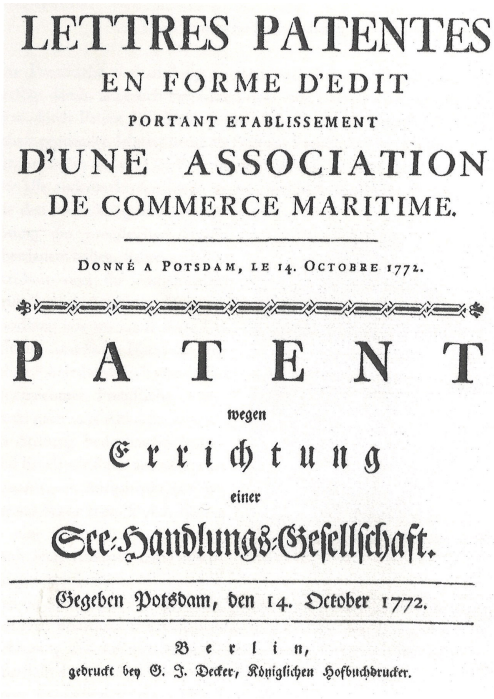
Mein Wissen verdanke ich Autoren, die sich bereits mit Teilaspekten der Geschichte befasst haben, insbesondere Herrn Prof. Dr. Wolfgang Radtke, der in einer Festschrift zum 20-jährigen Jubiläum 2003 sowohl über die historische Seehandlungs-Societät als auch über die Stiftung geschrieben hat.

Als ich seinen Aufsatz vor etwa vier Jahren las – damals übernahm ich das Amt des Vorstandsvorsitzenden von meinem verdienstvollen Vorgänger Senator a. D. Walter Rasch –, fiel mir der Hinweis auf, weiterte Forschungen zur Geschichte seien zum Gesamtverständnis erstrebenswert.

Inzwischen haben wir mit Frau Prof. Dr. Monika Wienfort, Inhaberin des Lehrstuhls für Brandenburgisch-Preußische Geschichte an der Universität Potsdam, eine Partnerin gefunden, mit der wir ein größeres Forschungsprojekt zur Seehandlungs-Societät vorbereiten. Doch dazu später.

Ein Überblick über die Geschichte der Seehandlungs-Societät

Bereits in ihrem frühesten Wirken war in der Seehandlungs-Societät eine Entwicklung zur Preußischen Staatsbank angelegt, später folgte ihre Liquidation in der Folge des Zweiten Weltkriegs und anschließend ihr Weiterleben in der Stiftung.


LETTRES PATENTES
EN FORME D'EDIT
PORTANT ETABLISSEMENT
D'UNE ASSOCIATION
DE COMMERCE MARITIME.

DONNÉ A POTSDAM, LE 14. OCTOBRE 1772.

PATENT
wegen
Errichtung
einer
See-Handlungs-Gesellschaft.

Gegeben Potsdam, den 14. October 1772.

Berlin,
gedruckt bey G. J. Decker, Königlichen Hofbuchdrucker.

Abbildung 1: Das Gründungspatent der Seehandlungs-Gesellschaft vom 14.10.1772

Gegründet wurde die Societät 1772 auf Beschluss eines absolutistisch regierenden Königs, jedoch im Zeitalter der Aufklärung und des beginnenden Aufstiegs des Bürgertums, wobei bereits eine wesentliche Konfliktlinie ihrer Existenz vorgezeichnet war. Denn als königlich privilegierte Institution stand sie, wie zu zeigen sein wird, lange im Spannungsfeld der allmählichen Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Staates und im Konflikt mit privatem Unternehmertum.

Nach den Jahrzehnten der friderizianischen Kriege, die zu Gebietserweiterungen Preußens geführt hatten, war das Land zerstört, die Not der Menschen groß und die wirtschaftliche Lage katastrophal. Die Stärkung der Wirtschaft, und zwar auf staatlich gesteuerte, merkantilistische Weise, machte sich Friedrich II. in den letzten Jahren seines Lebens zur wesentlichen Aufgabe, um sein zur europäischen Großmacht gewordenes Territorium zu konsolidieren. Es ging um die Verbesserung von Manufakturen - bekannt sind die Förderung der KPM, aber auch der Tuchindustrie - um Binnenkolonisation in urbar gemachte Regionen und um die Förderung sowohl des Binnen-, als auch des Außenhandels.

Die Seehandlungs-Societät wurde als Aktiengesellschaft gegründet, allerdings mit dem König als absolutem Mehrheitsaktionär, denn privates Kapital war in den verarmten und rückständigen Städten rar. Der Auftrag war, den preußischen Staat am internationalen Handel zu beteiligen und insbesondere den Salz-, Wachs- und Holzhandel monopolartig in eigener Regie zu übernehmen.

Abbildung 2: Friedrich II. Gemälde von Anton Graff, 1781.

Ausgestattet mit einem Kapital von 1,2 Millionen Reichstalern sollte sie auf eigene Rechnung den alleinigen Vertrieb von Salz übernehmen, das sie in der Regel im Ausland anzukaufen hatte, und das Stapelrecht von Wachs rechts und links der durch die erste polnische Teilung zu Preußen gekommenen Weichsel ausüben.

Dies stieß verständlicherweise auf den erbitterten Widerstand der Königsberger und Memeler Kaufmannschaft, wie denn auch durch das Monopol der Seehandlung die Verdienstmöglichkeiten der Kaufleute in den Seestädten beschnitten wurden. Im andalusischen Cádiz gab es eine Niederlassung mit einem Kommissionär unter Befehl der Generaldirektion in Berlin, denn insbesondere Spanien und seine lateinamerikanischen Kolonien kamen für den Absatz von Wachs in Frage.

Nach den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz führte der militärische Zusammenbruch Preußens nach der schweren Niederlage von Jena und Auerstedt durch das napoleonische Heer zu einer katastrophalen Lage. Durch die napoleonische Neuaufteilung Europas wurde das preußische Staatsgebiet gravierend verkleinert. Hohe Steuerausfälle bei gleichzeitigen fehlenden Einnahmen aus Domänen und Forsten, bedrückende französische Kriegstribute und die zeitweilige Besetzung der Residenzstadt Berlin durch französische Truppen zwangen zu einschneidenden Maßnahmen.

Die Zukunft des Königreichs stand mehrfach in höchster Gefahr – Napoleon plante die völlige Zerstörung Preußens, dem er seine schwankende Bündnispolitik nicht verzieh – und die handelnden Personen vertraten immer wieder gegensätzliche Ziele.

Die Lage verbesserte sich auch nicht mit den Befreiungskriegen und dem Sieg über Napoleon 1815, denn mit der Aufhebung der napoleonischen Kontinentalsperre gegen das Vereinigte Königreich drängten industriell hergestellte und damit kostengünstige Tuche und weitere Produkte aus England auf den Markt und führten zum

Zusammenbruch heimischer Produktionsstätten und zur Verelendung der Bevölkerung, insbesondere in Niederschlesien.

Vor diesem Hintergrund sind die für die Entwicklung des modernen Staates gravierenden Änderungen der Verwaltungsstrukturen und die teilweise Überwindung des Ständestaates, die „Stein-Hardenbergschen Reformen“ zu sehen, die allerdings nicht Thema dieses Vortrags sein können.

Doch ging es dabei ganz wesentlich auch um die Sanierung der Staatsfinanzen, und dabei spielte die Seehandlung und ihr damaliger Direktor Christian Rother, der das Amt fast dreißig Jahre innehatte, eine nicht zu überschätzende Rolle. Die ehemalige Aktiengesellschaft war inzwischen zuerst dem erstarkenden Finanzministerium, dann, ab 1817, einem neuen Ministerium des Schatzes und des Staatskreditwesens zugeordnet worden.

Wer war nun dieser Christian Rother, der die neue Oberbehörde leitete?

Abbildung 3: Christian von Rother, Lithographie von F. Jentzen nach einer Zeichnung von F. Krüger. Foto (Rother-Stiftung)

In der gesamten Geschichte der Seehandlung ist Rother zweifellos die bedeutendste Persönlichkeit und soll daher hier kurz vorgesellt werden:

Geboren wurde er 1778 in armen Verhältnissen in einem Dorf in Niederschlesien. In einem Ständestaat war diese Herkunft ein kaum zu überwindendes Manko, und schon der Besuch des Gymnasiums wurde dem hochbegabten Jungen durch den zuständigen Landrat untersagt.

So waren eine Ausbildung im Steueramt und die Rolle eines Privatsekretärs eines Kriegs- und Steuerrats erste Schritte ins Berufsleben, begleitet von einer großen Wissbegier, die ihn, unabhängig von der ihm verweigerten Universitätsausbildung, alle greifbaren Abhandlungen über volkswirtschaftliche Themen lesen ließen.

Dieser unkonventionelle Bildungsweg sollte ihm jedoch später auch zum Vorteil gereichen, da er frei von den damals weit verbreiteten und an der Universität Königsberg vertretenen Nationalökonomischen Lehren des schottischen Ökonomen und Moralphilosophen Adam Smith auf pragmatische Weise und damit überaus erfolgreich Probleme anging. Als „Quereinsteiger“ stieg er allmählich die Karriereleiter hinauf und erhielt bald die Unterstützung höchster Regierungsbeamter.

Hilfreich war dabei sicherlich auch, dass er frühzeitig in eine Freimaurerloge aufgenommen wurde, in der damals die gesamte Führungsspitze einschließlich des Königs Mitglied war. Sein Ansehen wuchs, als er 1813 im Auftrag des Staatskanzler Karl August von Hardenberg durch die Durchsetzung von Zwangsanleihen Mittel für die gähnend leere Staatskasse beschaffte, um somit den völligen Zusammenbruch des Staates zu verhindern.

Abbildung 4: Friedrich Wilhelm III. König von Preußen, Porträt von unbekannter Hand, Öl auf Leinwand, um 1840 LVR-Niederrheinmuseum Wesel

Nach den Befreiungskriegen war er mit dem inzwischen in den Fürstenstand erhobenen Hardenberg an den Friedens- und Kriegs-kontributionsverhandlungen in Wien und Paris beteiligt, wo er, wie nachzulesen ist, durch seine Klugheit und Liebenswürdigkeit eine brillante Figur machte.

Doch die dramatische Finanzlage Preußens sollte ihn auch weiterhin befassen. Als 1817 auf dem Berliner Markt Zwangsanleihen scheiterten, führte er im Auftrag des Finanzministeriums zuerst mit dem Frankfurter Bankhaus Meyer Amschel Rothschild erfolgreich Verhandlungen über 5 Millionen rheinische Gulden, dann, 1818 in London, mit Nathan Rothschild über 5 Millionen Pfund Sterling. Dies trug ihm hohe Anerkennung auch bei früheren Kritikern einer solchen Finanzoperation ein.

Seit 1772, dem Gründungsjahr der Societät, war ihr Sitz am Gendarmenmarkt, dem heutigen Standort der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, und hier befand sich auch die Dienstwohnung Rothers, als er 1818 Chef der Seehandlungsgesellschaft wurde.

Doch damals hatte sie ihre ursprüngliche Aufgabe längst verlassen. Einerseits war sie zu dem wichtigsten Instrument staatlicher Industrieförderung geworden – denn trotz der unsicheren politischen Lage und unabhängig von den Konflikten innerhalb der alten und neuen Führungseliten, wandelte sich Preußen allmählich vom reinen Agrarstaat zum Industriestandort - andererseits war die Entwicklung zur Staatsbank bereits

vorgezeichnet.

Abbildung 5: Das historische Gebäude der Seehandlung vor dem Neubau 1906. Atlas zur Zeitschrift für Bauwesen, Jahrgang 52, Blatt 43. Digitalisiert durch die Zentral- und Landesbibliothek Berlin.

Rother war denn auch gleichzeitig Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden. 1831 wurde er darüber hinaus zum Direktor, später Präsident der königlichen Hauptbank ernannt.

Übrigens regelte 1821 eine Kabinettorder, dass die Überschüsse dem Haushalt des Königs zur Verfügung standen. So konnte im gleichen Jahr für das in Planung befindliche neue Museum die hochkarätige Gemäldesammlung des Kaufmanns Edward Solly, darunter Gemälde von Filippo Lippi und Hans Holbein, im Auftrag des Königs von Rother für eine halbe Million Reichsthaler erworben werden.

Rother leitete den Auftrag zur Industrie- und Wirtschaftsförderung der Seehandlung auch von ihrem Gründungsstatut von 1772 ab. Bereits Friedrich II. hatte ja von der Seehandlung erwartet, die durch den Handel eingenommenen Gelder in neue Unternehmen zu investieren.

Neben seinem Amt in der Seehandlung war Rother von 1835 bis 1837 auch Leiter der Verwaltung für Handel, Fabrikation und Bauwesen. Darüber hinaus war er ehrenamtlich seit 1835 Chef des Königlichen Kreditinstituts für Schlesien. Im Jahr 1836 wurde er Mitglied des Staatsministeriums und geheimer Staatsminister. Da waren bereits jahrelange Verhandlungen mit Berliner Bankhäusern, vor allem aber, wie bereits erwähnt,

mit Rothschild in Frankfurt, London und auch in Paris erfolgreich abgeschlossen und die Gewinne konnten vornehmlich in das preußische Chausseenetz, später auch in die

Abbildungen 6 & 7: Hans Holbein der Jüngere: Der Kaufmann Georg Gisze, 1532
und Fra Filippo Lippi: Anbetung im Walde, 1459, Gemäldegalerie der Staatlichen Museen PK

Dampfschifffahrt investiert werden.

Außerdem wurde in Maschinenbau investiert und die Technisierung der schlesischen Tuchwebereien befördert. Diese Maßnahmen sollten sowohl der Modernisierung dienen als auch Arbeitsbeschaffung für die notleidende Bevölkerung Schlesiens sein.

Die Musterbetriebe mit vhorbildlichen Sozialstrukturen wie Krankenkassen, Invalidenkassen, Betrieblichen Sparkassen, kostenlosem Betriebsessen und Provisionszulagen an Arbeiter und Angestellte sind vorbildliche Beispiele moderner, rationaler Sozialpolitik und Instrumente der Integration der neuen Arbeiterklasse in die wachsende Industriegesellschaft anstelle der Wohlfahrtsmaßnahmen des Staates für seine Untertanen im Ancien Régime. Und zwar 50 Jahre vor der Sozialgesetzgebung in der Zeit Bismarcks. Damit leistete die Seehandlung einen frühen und ersten wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des modernen Sozialstaats.

Ein besonderer Stolz war für Rother der Aufbau einer internationalen Handelsflotte unter preußischer Flagge

Zur ersten Weltumseglung Preußens von 1822 bis 24 gibt es von Michael Stoffregen-Büller ein überaus anregendes Buch, erschienen 2019, mit dem Titel: „Der Sandwich-

Insulaner – Von Polynesien auf Preußens Pfaueninsel“. Bei der Expedition ging es vor allem um einen neuen Handelsweg für Schlesisches Leinen nach China.

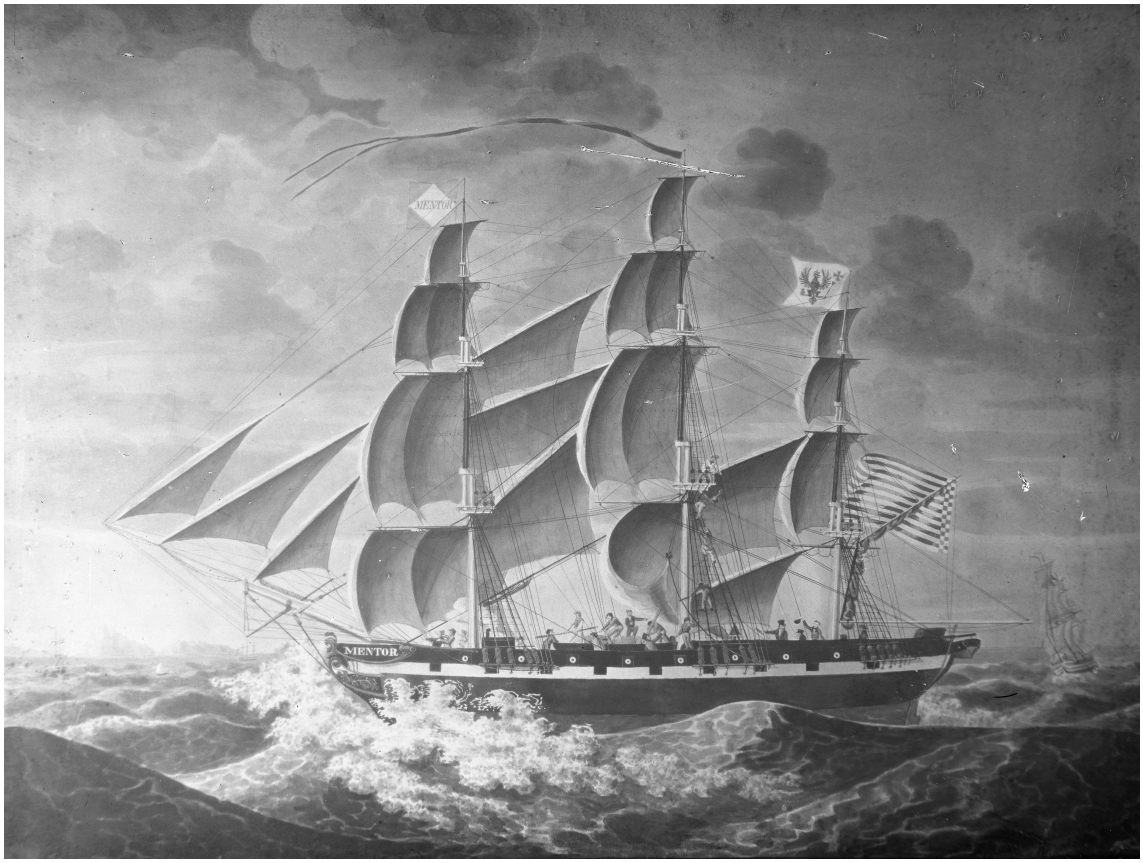


Abbildung 8: Preußisches Seehandelsschiff „Mentor“. Bundesarchiv Koblenz

Zwar gelang nämlich, wie schon erwähnt, eine allmähliche Modernisierung der Leinenwebereien, doch sollte auch ein lukrativer Absatzmarkt aufgebaut werden. Rother, der aus seiner Kindheit wusste, was Not bedeutet, bemühte sich durch diese Handelspolitik besonders in Schlesien um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der verarmten Bevölkerung. Im Rückblick wissen wir jedoch, dass die schlesischen Tuche gegenüber der Industrieware aus England nie wirklich konkurrenzfähig wurden.

Abbildung 9: Federmantel des Königs Kamehamehas I. Foto, Ethnologische Museum der Staatlichen Museen zu Berlin, Abteilung Südsee, VI 366

Zurück zur Weltumseglung: Bei der gefährlichen Reise der Mentor um Kap Hoorn und über Chile nach China, wurde auch auf Hawaii Station gemacht und ein Polynesier – der „Sandwich-Insulaner“ - ließ sich nicht davon abbringen, bei der Weiterfahrt mitzureisen. Nach der Rückkehr der Mentor über zwei Jahren später wohnte er in Berlin zuerst bei Christian Rother im Gebäude der Seehandlung am Gendarmenmarkt, später auf

Abbildung 10: Gemälde der Brigg „Kronprinz von Preußen“ (Öl auf Leinwand), 1850

der Pfaueninsel, wo er postum literarischen Ruhm erlangte, z. B. durch Thomas Hettches Pfaueninsel von 2014.

Als ein Geschenk des hawaiianischen Königs Kamehamehas I. an den Preußischen König kam bei einer zweiten Expedition aus Hawaii auch der berühmte und kostbare Federmantel nach Berlin, der heute im Humboldt-Forum zu sehen ist. Als Gegengeschenk des preußischen Königs gelangten bei der folgenden Exkursion eine Garde-Uniform, wie sie Friedrich-Wilhelm III. selbst trug, mit dem Stern des Schwarzen Adlerordens nebst Degen und Portepee, zahlreiche Statuen (Zar Alexander, Napoleon, Friedrich II., Blücher) und andere Gegenstände an den Königshof von Hawaii.

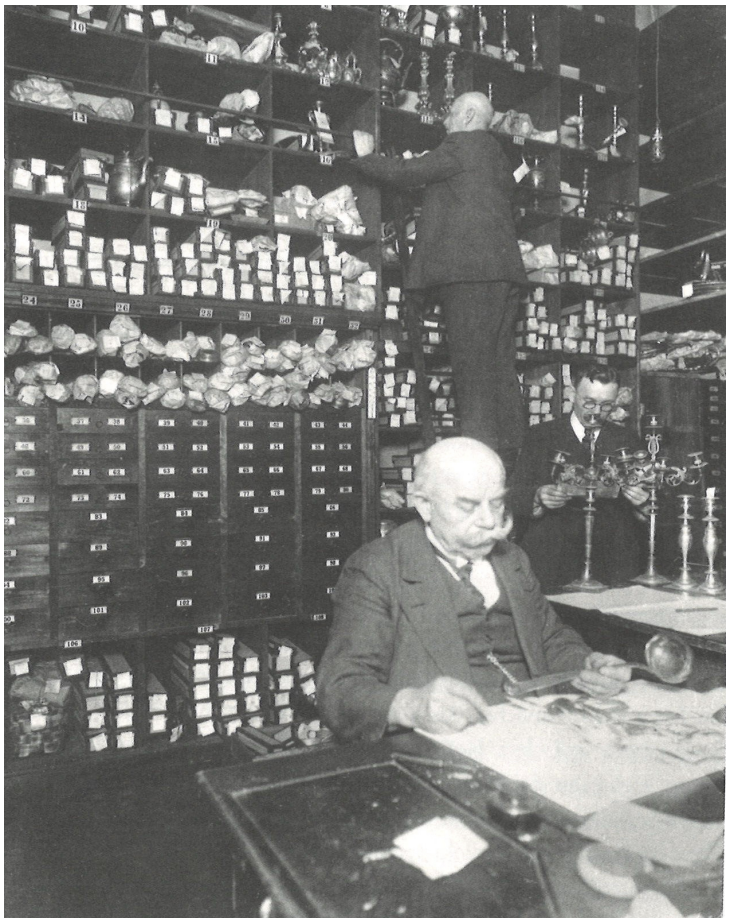


Abbildung 11: Ansicht aus der Königlichen Pfandleihe Berlin, Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Rothers sozialpolitisches Engagement ist in Berlin mit der Gründung des Königlichen Leihamtes verbunden, eines Kreditinstituts für in Not geratene Menschen, das von vorneherein keine Gewinne machen, sondern die Geschäftsüberschüsse mildtätigen Zwecken zuführen sollte. Die Einnahmen wurden zusammen mit Spenden und einem beträchtlichen Eigenkapital zur Errichtung und Finanzierung einer Erziehungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder am Halleschen Tor und für eine Stiftung zur Versorgung von unverheirateten Töchtern preußischer Staatsbeamter eingesetzt, die in einem eigenen Stiftungshaus zuerst an der Tempelhofer Chaussee, dann in der Kommandantenstraße in Lichterfelde bei freiem Logis und Kost aufgenommen wurden. Den Namen Rother-Stiftung erhielt die

Einrichtung übrigens 1840 durch eine Kabinettordre des Königs, der damit die Verdienste Rothers würdigen wollte.

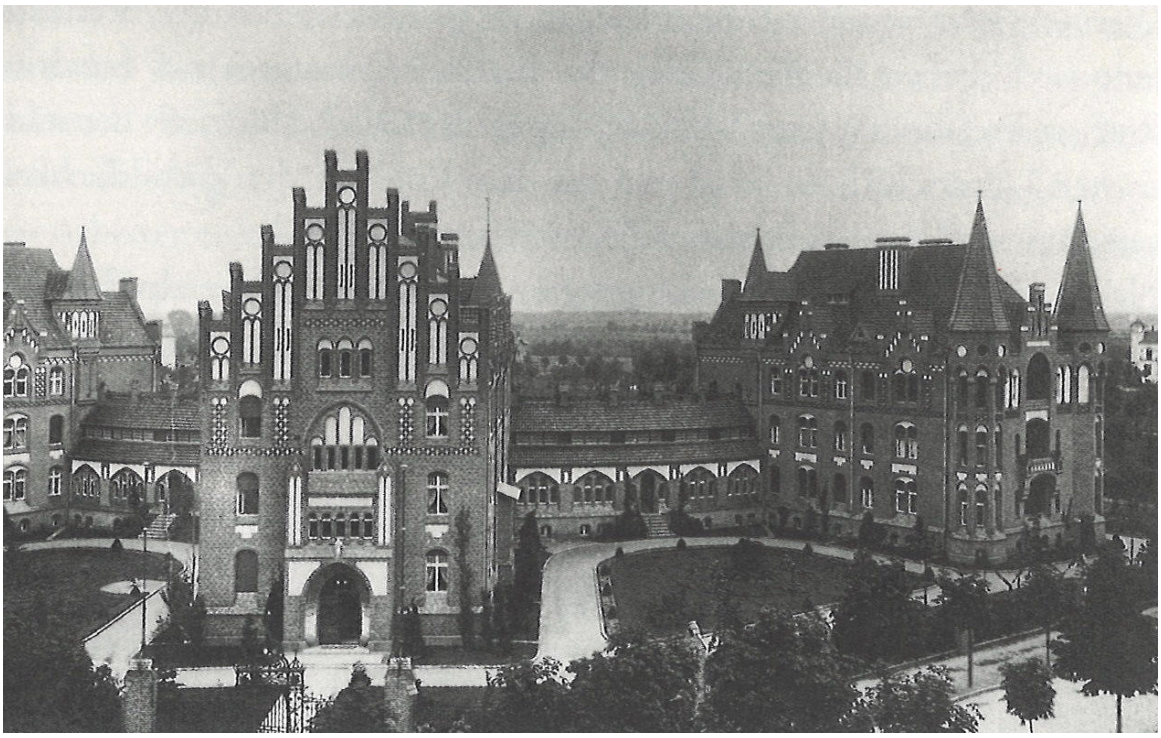


Abbildung 12: Das Rother-Stift Kommandantenstraße 9-12, eröffnet 1898, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Noch zwei weitere Beispiele für das Wirken der Seehandlungs-Societät will ich kurz nennen, und zwar zuerst, als Beispiel für die Förderung von Grundlagenforschung für die Industrie, die Chemische Produktenfabrik in Oranienburg, der die Seehandlung Kredite gab und die sie schließlich in Gänze übernahm.

Abbildung 13: Das Rother-Stift Kommandantenstraße 9-12, eröffnet 1898, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

In ihr wirkte der bedeutende Chemiker, Naturwissenschaftler, Mediziner und Botaniker Friedlieb Ferdinand Runge, der von 1794 bis 1867 lebte. Er schuf durch die Isolierung von Substanzen in dem damals in großen Mengen anfallenden Steinkohlenteer wie Anilin und Chinolin eine wesentliche Voraussetzung für die weitere chemische Forschung und machte sich gleichzeitig als Naturphilosoph und Schriftsteller einen Namen.

Mit dem Friedlieb-Ferdinand-Runge-Preis für unkonventionelle Kunstvermittlung erinnert die Stiftung an diese ungewöhnliche Persönlichkeit. Doch dazu später.

Bei dem zweiten Beispiel geht es um die Förderung wissenschaftlicher Publikationen, hier belegt mit einem Darlehensgesuch Alexander von Humboldts an den Direktor Roter. Aus zwei der Briefe, in denen man die finanziellen Nöte des Autors deutlich spürt, sei zitiert.

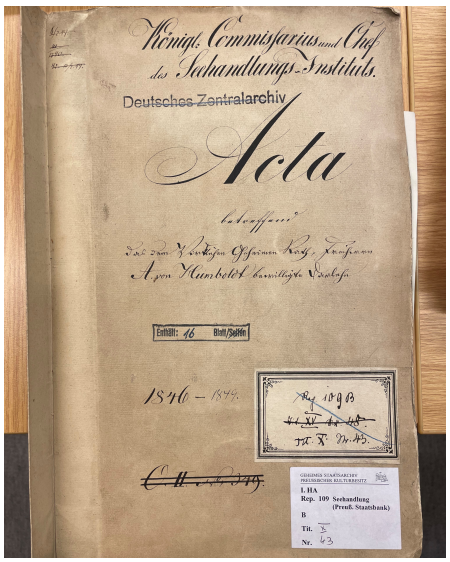


Abbildung 14: Brief Humboldt an Rother 1846 (Staatsarchiv)

Humboldt schreibt am 23. November 1846:

„Ich könnte, hochverehrte Excellenz, bekümmert in der Ungewißheit schweben, undankbar für Ihre liebevollen Anerbietungen zu erscheinen oder durch frühe Zudringlichkeit Sie eher zu belästigen, als Sie es vielleicht, in dem großen Drange Ihrer Geschäfte, es jetzt wünschen. Bei so liebenswürdiger Sorgfalt, als Sie seit einer langen Reihe von Jahren der Familie des hingeschiedenen Bruders und mir geschenkt haben, ist es besser, ich handle frei und natürlich. Ich wage also die Bitte, daß Euer Excellenz mir in den nächsten Wochen befehlen mögen, wann Ihnen eine Unterredung mit mir nicht unangenehm sein würde. Jede Tagesstunde außer 2-5 (wegen häufiger Reisen durch den Urwald nach Charlottenburg) ist mir gleich…“ Und er beendet den Brief: „Mit der dankbarsten Verehrung und Freundschaft, Ew. Excellenz, ganz gehorsamster A v Humboldt“

Und schon am 2. Dezember 1846 heißt es:

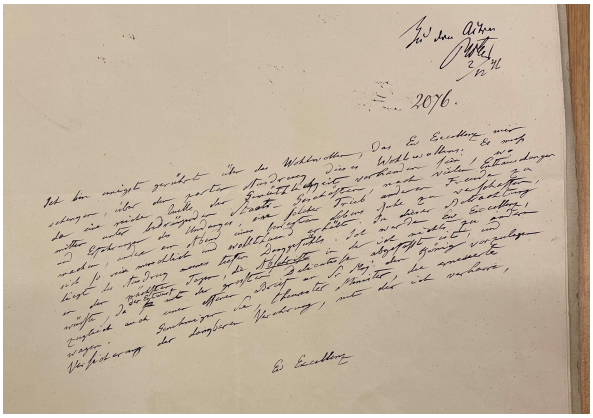


Abbildung 15: Brief Humboldt an Rother 1846 (Staatsarchiv)

„Ich bin innigst gerührt über das Wohlwollen, das Ew. Excellenz mir schenken, über den zarten Ausdruck dieses Wohlwollens. Es muß da eine reiche Quelle der Gemütlichkeit vorhanden sein, wo mitten unter bedrängenden Staats-Geschäften, nach vielen Enttäuschungen und Erfahrungen des Undankes ein solcher Trieb anderen Freude zu machen, andere[n] am Abend eines bewegten Lebens Ruhe zu verschaffen, sich so rein menschlich und wohltuend erhält. In dieser Betrachtung liegt der Ausdruck meines tiefen Dankgefühls. Ich werde Ew. Excellenz in den nächsten Tagen, die Abschrift in der ich nichts zu ändern wüßte, da der Entwurf mit der größten Delicatesse abgefaßt ist, und zugleich auch einen offenen Brief an Sr. Maj. den König vorzulegen wagen. Genehmigen Sie, theuerster

Minister, die erneuerte Versicherung der dankbaren Verehrung, mit der ich verharre, Ew. Excellenz ganz gehorsamster A v Humboldt“

Nach der gewünschten Unterredung erhält Humboldt tatsächlich am 31. Dezember 1846 ein Darlehen von 6000 Talern, das Rother aufgrund eines Vertrags Humboldts mit der Buchhandlung Cotta in Stuttgart über die fortgesetzte Veröffentlichung des „Kosmos“, dessen erster Band 1845 erschien, anweist. Es wird eine Rückzahlung in halbjährlichen Raten vereinbart und je nachdem, wie die Gelder von der Cottaschen Buchhandlung für den „Kosmos“ und für die Geognostischen Fragmente an Humboldt eingehen.

1849, wenige Wochen nach dem Tod von Rother, zahlt Humboldt, auf eine Zahlungserinnerung hin, das Darlehen in drei Raten an die Seehandlung zurück. Im Gegenzug werden ihm am 22. Dezember 1849 der Schuldschein, der als Sicherheit hinterlegte Verlagsvertrag von 1828 sowie ein versiegelt gebliebener Brief an den König ausgehändigt.

Man sieht, man war sparsam mit öffentlichen Mitteln und sorgsam bei der Abwicklung.

Abbildung 16: Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, Porträtaufnahme von Hermann Biow, Daguerreotypie von 1847

Friedrich Wilhelm IV (Regierungszeit 1840 – 1861)

Mit dem Tod Friedrich Wilhelm III. 1840 endete das persönliche Vortragsrecht beim König. Das Verhältnis zu Friedrich Wilhelm IV dagegen war schon in dessen Kronprinzenzeit angespannt gewesen. Nun drängten die Gegner der Seehandlung auf eine stärkere Entflechtung von Privatwirtschaft und Staat. Gleichzeitig wurde die Forderung nach parlamentarischer Mitwirkung im Staat lauter. Der König, der bekanntlich eine romantisch-absolutistische Vorstellung von seinem Amt hatte, versuchte sowohl moderierend auf die Gegensätze in der Gesellschaft einzugehen als auch seine eigene Rolle als eines über den Parlamenten stehenden Monarchen zu definieren.

Für die Seehandlung begann die schwierige Zeit des Übergangs zur Preußischen Staatsbank. Rother hatte massiv in Chausseebau und in ein System von Kanälen investiert. Die Fonds der Seehandlung waren in eigenen Fabriken gebunden, und es wurde zum Problem, weiterhin innovativen, aber kapitalschwachen Unternehmen

Kredit zu gewähren. Deshalb war Rother bei der neuen Entwicklung der Eisenbahn, deren Bau der König beförderte, zurückhaltend.

Zwar hatte er 1838 maßgeblich an der Ausarbeitung des Preußischen Eisenbahngesetzes mitgewirkt, das in einem Mischsystem Privatunternehmen staatliche Garantien zur Risikominimierung gewährte – Rother hätte eine reine Staatseisenbahn grundsätzlich bevorzugt – doch nun musste er nach außen kaschieren, wie knapp die vorhanden verfügbaren Mittel der Seehandlung waren.

Rother geriet in diesen Jahren wegen seiner Industrialisierungsprogramme zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Insbesondere der Berliner Stadtrat Otto Theodor Risch polemisierte 1844 in seiner Schrift „Das Königlich Preußische Seehandlungs-Institut und dessen Eingriffe in die bürgerlichen Gewerbe“ gegen Rother, was diesen zu einer detaillierten Denkschrift herausforderte, der wiederum im folgenden Jahr eine Replik Rischs folgte. Auch diese Schrift wurde schließlich 1847 von Rother umfangreich und öffentlich beantwortet.

Doch schon 1845 hatte Friedrich Wilhelm IV. bei Anerkennung der bisherigen Leistungen der Seehandlung jedes weitere industrielle Engagement untersagt.

Rother müssen die Auseinandersetzungen sehr belastet haben. Zwar wurde ihm 1847 vom König der Schwarze Adlerorden verliehen und er wurde in den erblichen Adelsstand erhoben. Doch vor den Unruhen während der bürgerlichen Revolution von 1848 zog er sich auf sein Gut nach Schlesien zurück, wo er im folgenden Jahr starb.

Das Wirken der Seehandlung hat, wie gezeigt wurde, ganz wesentlich zum Wiederaufstieg des Preußischen Staates beigetragen und damit auch die Grundlage für die weitere Entwicklung von Wissenschaft und Kultur gelegt.

Eine veränderte Rolle der Seehandlungs-Societät

Rothers Tod fiel in die Zeit des Kampfes des erstarkenden Bürgertums um die parlamentarische Teilhabe an der Führung des Staates. Die Königliche Seehandlungs-Societät jedoch agierte unabhängig von jeder parlamentarischen Kontrolle. Der bereits erwähnte Widerstand des aufstrebenden Unternehmertums ließ sich nicht mehr besänftigen. Noch zwanzig Jahre später, 1869, sollte von liberalen Abgeordneten sogar die Liquidierung der Seehandlung gefordert werden. Da war (1848) ihre ministerielle Unabhängigkeit bereits aufgehoben und das Institut der Weisungsbefugnis des Finanzministeriums unterstellt worden.

Nach einer Übergangszeit war 1850 August Friedrich Bloch Rother im Amt des Präsidenten gefolgt, der sich im wirtschaftsliberalen Klima der Jahre gezwungen sah, die industrielen Aktivitäten drastisch zu reduzieren und Unternehmungen und

Immobilien trotz ungünstiger Marktlage mit großen Verlusten zu veräußern. Verständlicherweise stand die gesamte Beamtenschaft der Seehandlung den Veränderungen ablehnend gegenüber. Auch war gerade bei den abseits gelegenen Manufakturen die Sorge, die sozialen Vergünstigungen der Arbeitnehmer bei einem Verkauf nicht halten zu können, berechtigt.

Der Umfang der Veräußerungen und die Abwicklungen unrentabler Betriebe lässt uns ein wenig an die Jahre während und nach der deutschen Wiedervereinigung denken, als die Treuhandanstalt die Aufgabe der Überführung einer Staatswirtschaft in ein privatwirtschaftliches System umsetzten musste, sich Profiteure und Verlierer gegenüberstanden und erst allmählich langwirkende Verletzungen überwunden werden konnten. Auch wenn der gewerbliche Sektor des Instituts nicht völlig aufgegeben werden sollte, sah Bloch als zukünftige Rolle der Seehandlung die eines „Staats-Banquierhauses“ und als solches gewann sie rasch wieder Vertrauen und konnte z. B. in umfangreichem Maß Infrastrukturmaßnahmen finanzieren.

Im Rückblick auf seine Tätigkeit konnte Bloch 1854 feststellen: „Nachdem die Seehandlung den Selbstbetrieb des Warenhandels definitiv eingestellt und ihren Fabrikbesitz … reduziert hatte, … erfüllte sie ihre Aufgabe, Handel und Gewerbe zu unterstützen, dadurch, dass sie den Gewerbetreibenden bare Vorschüsse und Darlehen gegen mäßige Zinsen bewilligte … gewiss hat das Institut der vaterländischen Industrie hierdurch mehr genutzt, als wenn es, wie früher, selbsttätig in die Handels-Verhältnisse eingegriffen hätte“ (zitiert aus Radtke, a. a. O., S. 265).

Ihre Hauptaufgabe wurde, Bindeglied zwischen der staatlichen Finanzverwaltung einerseits und den Privatbanken, dem Geldmarkt und der Börse andererseits zu sein, Finanzoperationen des Staates selbst auszuführen oder andere Behörden bei der Umsetzung solcher Operationen zu unterstützen. Wie zu Beginn der Ära Rother wurde das Haupttätigkeitsfeld nun wieder die Geldbeschaffung für den Staat, z. B. durch Staatsanleihen.

Dass dabei aufgrund der alten Gesetze zur Seehandlung die inzwischen ansonsten notwendig gewordene parlamentarische Kontrolle immer noch diskret übergangen werden konnte, wusste Otto von Bismarck, der die Geschichte der Seehandlung sehr genau kannte, bei der Finanzierung der „Deutschen Einigungskriege“ von 1864 (gegen Dänemark) 1866 (gegen Österreich) und 1870/71 (gegen Frankreich) zu nutzen.

Der kleindeutsche Nationalstaat ging aus diesen Kriegen hervor, doch der auch durch die Kriegsfinanzierung der Seehandlungs-Societät deutlich gewordene Verfassungskonflikt wurde erst durch eine nachträgliche parlamentarische Befassung gelöst.

Ein großes Aufgabengebiet war seit 1872 erneut die Preußische Eisenbahn, und zwar die Verstaatlichung der Privatbahnen, wofür dem Staat die Mittel durch Anleihen verschafft wurden – von 1873 bis 1883 immerhin 835 Mill. Reichsmark was zwar zu einer hohen Staatsverschuldung führte, andererseits das Vermögen des Preußischen Staates auf Dauer erheblich vermehrte.

Erst nach dem Ersten Weltkrieg sollten durch den Staatsvertrag vom März 1920 zwischen dem Land Preußen und dem Deutschen Reich die Staatsbahnen auf das Reich übergehen. Für Preußen bedeutete das damals einen bedeutenden Entschuldungseffekt, aber auch einen riesigen Verlust an Vermögen.

Aufgrund der Sonderrolle oder auch Zwitterrolle der Preußischen Staatsbank konnte sie in den 1870iger Jahren trotz guter Geschäftsergebnisse ihre alte Bedeutung auf dem freien Geldmarkt als Kreditgeber für die Privatwirtschaft nicht mehr zurückgewinnen, da ihr Grundkapital wegen der gesetzmäßigen Abführung aller Gewinne an den Staat zu gering war. Sogar in der staatsprotektionistischen Ära der 80iger Jahre spielte die Königliche Seehandlungs-Societät nicht mehr annähernd die Rolle, die sie von 1820 bis 48 gespielt hatte.

Abbildung 17: Neubau der Preußischen Staatsbank, Gesamtansicht Ecke Jäger- und Markgrafenstraße, im Eckridslit die Statue des Merkurs, Archiv Preußischer Kulturbesitz, Bibliothek 47,130, Atlas 1904.

Neubau und Umbenennungen

1904 wurde ihr Name in „Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank)“ umgewandelt, 1918 in „Preußische Staatsbank (Seehandlung)“.

Ein besonderes Kapitel ist die Funktion der Staatsbank seit den 1890-iger Jahren bei der Entschuldungspolitik der ostelbischen Landwirtschaft und bei der Finanzierung der Siedlungsgesellschaften in den östlichen preußischen Provinzen – bis 1930 auch unter dem Gesichtspunkt einer rigiden Germanisierungspolitik. Wünschenswert wäre, wenn dieses Forschungsgebiet von deutschen und polnischen Historikern gemeinsam bearbeitet würde.

Abbildung 18: Kassenhalle, Archiv Preußischer Kulturbesitz, IX. HA, II 1021/3

Ein weiteres Kapitel, das hier nur angedeutet werden kann, ist die Rolle der Seehandlung bei den Reparationszahlungen des Ersten Weltkrieges, in deren Folge von 1923 bis 26 der Montanbesitz Preußens in der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (Preussag) zusammengefasst und 1929 zusammen mit den Firmen Hibernia und PreussenElektra die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA) als Holdinggesellschaft gegründet wurde. Alle operativen Aufgaben der VEBA wurden von der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) wahrgenommen, die außerdem zwei ständige Mitglieder des VEBA-Vorstands stellte. Das letzte Gesetz zur Änderung des Status der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) verabschiedete der Preußische Landtag 1930. Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts unterstand sie weiterhin der Aufsicht des weisungsberechtigten Finanzministers. Ihre Satzung war vom Staatsminister zu erlassen. Ein hochrangig besetzter Beirat mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten bildete endlich das seit Mitte des vorangegangenen Jahrhunderts geforderte Aufsichtsgremium.

Nach dem „Preußenschlag“ (20. Juli 1920), als immer mehr Funktionen Preußens an das Reich übergingen, wurde auch die Seehandlung immer stärker in die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches eingebunden. Ein wichtiges Forschungsthema wird daher aufgrund der Dokumente im Geheimen Staatsarchiv die Tätigkeit der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) im Rahmen der Kriegswirtschaft sein. Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht endete die Geschäftstätigkeit der Seehandlung. Durch den Alliierten Kontrollratsbeschluss vom 15. Februar 1947 wurde das Land Preußen aufgelöst und damit auch die Preußische Staatsbank (Seehandlung), deren Funktion für das Land Preußen in dem Gesetz von 1930 noch einmal definiert worden war. Allerdings wurde die Auflösung nicht gänzlich vollzogen, da die Alliierte Kommandantur die ruhenden Banken beauftragte, ihre Außenstände hereinzuholen. Die Seehandlung erhielt auf Grund eines Antrags bei der Finanzbehörde Hamburgs, wohin Goldbestände ausgelagert worden waren, den Status eines verlagerten Geldinstituts, hatte ihre hauptsächliche Präsenz jedoch in Berlin.

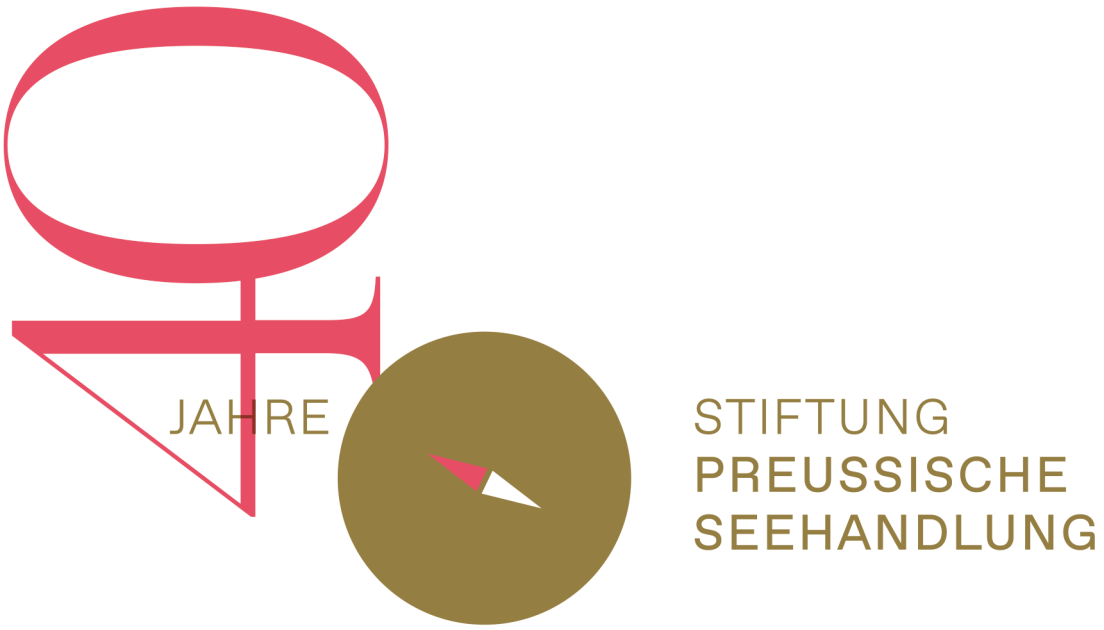
Ein Gesetz über die zahlreichen Altbanken, zu denen auch die Seehandlung gehörte, regelte 1953 die Umwandlung von Reichsmark in Deutsche Mark (20 zu 1) und weitere Fragen der Abwicklung, z. B. wer anspruchsberechtigt war. Weiterhin wurde die Preußische Staatsbank (Seehandlung) durch ein Generaldirektorium geleitet mit einer erstaunlichen personellen Kontinuität seit 1932 und einer nach geltender Vorkriegsregelung gleichzeitigen Funktion als Geschäftsführung der VEBA. So erklärt sich auch, dass sich die Geschäftsstelle der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) zuerst im Haus der VEBA-Tochter PreussenElektra, dann der Preussag AG im Westteil Berlins befand.

Im Jahr 1967 haben Lililuise Ristow und Rudolf von Bennigsen-Foerderer, der später die Funktion des Vorstandsvorsitzenden der VEBA innehatte, die Abwicklung abgeschlossen.

Bis 1983 führte die Seehandlung ihre Tätigkeit in den folgenden Gebieten fort:

- Betreuung und Verwaltung der noch verbliebenen Kundendepots und -konten,
- Verwaltung des eigenen, immer noch sehr beträchtlichen Vermögens,
- Pflege, Bereinigung und Umstellung alter Wertpapiere in ihrer Funktion als gesetzlich beauftragte Prüfstelle,
- Umstellung von Uraltguthaben,
- Gewährung von Altsparentschädigungen
- Fortführung der Arbeiten des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden.

Die Entstehung der Stiftung Preußische Seehandlung



Per Gesetz des Berliner Abgeordnetenhauses vom 11. Mai 1983 über die Verwendung des Vermögens öffentlich-rechtlicher Altbanken wurde die Seehandlung aufgelöst. Rechtsnachfolger der Preußischen Staatsbank wurde die Berliner Pfandbriefbank (später Berliner Hyp), auf die das Restvermögen übertragen wurde. Sie wurde gesetzlich ermächtigt, einen Betrag von 19 Mill. DM der neu gegründeten Stiftung Preußische Seehandlung zuzuführen.

Bevor ich nun auf die Arbeit der Stiftung Preußische Seehandlung eingehe, sei aus aktuellem Anlass noch einmal auf den Namen eingegangen, den die Gründer der Stiftung 1983, der Berliner Senat unter seinem damaliger Reg. Bürgermeister Richard von Weizsäcker ganz bewusst gewählt haben:

Das von den Alliierten aufgelöste Land Preußen erfreute sich seit den 70-iger Jahren des letzten Jahrhunderts eines immer größeren Interesses. Man spürte, dass das Argument des preußischen Militarismus, mit dem die Auflösung begründet worden war, zu kurz gegriffen hatte und dass bedeutende gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leistungen dieses Landes, auf denen die eigene Gegenwart aufbaut, bei dem Verdikt völlig übergangen worden waren. Immer mehr Publikationen in unserem damals geteilten Land behandelten Teilaspekte und machten das Thema Preußen populär. Genannt seien nur Rudolf Augsteins „Preußens Friedrich und die Deutschen“ von 1971, Sebastian Haffners „Preußen ohne Legende“ von 1978 und Ingrid Mittenzeis „Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie“ von 1979.

Im Ostteil Berlins wurde 1980 das Denkmal Friedrich des Großen an seinem historischen Standort Unter den Linden wieder aufgestellt und 1981 wurde im Westteil unmittelbar an der Mauer im Martin-Gropius-Bau die große Preußenausstellung eröffnet. Auch die Gründung des Deutschen Historischen Museums ist vor dem Hintergrund des damals allgemeinen Interesses an der deutschen Geschichte zu sehen.

Doch gleichzeitig wurde die nie ausgeblendete Frage, wie es zur Katastrophe von 1933 bis 45, insbesondere des Holocaust, hatte kommen können, immer dringlicher gestellt.

Geschichtswerkstätten fanden sich zusammen und Gedenkstätten wurden gegründet. Nur vor dem Hintergrund dieser allgemein anerkannten, oft kontrovers geführten und breiten Vergangenheitsaufarbeitung ist zu verstehen, dass nach der Wende Berlin international Zustimmung und Anerkennung als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands fand.

Doch geschichtliche Entwicklungen sind nicht durch die Konzentration auf nur eine Epoche und durch die aus dem Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust gezogenen Lehren zu verstehen.

Geschichtsbilder sind immer auch Geschichtskonstruktionen, bei denen der jeweilige Zeitgeist mitregiert. Heute spüren wir, dass ohne eine vertiefte Kenntnis der Vergangenheit und ohne ein Bewusstsein für das eigene Herkommen der Gegenwart und dem eigen politischen Handeln die Grundlage fehlt.

Wir erleben mit der von Bundeskanzler Olaf Scholz proklamierten „Zeitenwende“ auf fast erschreckende Weise, was es bedeutet, wenn man glaubt, aus der Gesamtheit der Geschichte fliehen zu können, ja, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit und unser davon abgeleitetes politisches Handeln auch zu einem Verkennen der politischen Entwicklungen in anderen Teilen Europas und der Welt führen kann und dass eine Gefahr darin liegt, sich durch das immer routinierter vorgebrachte Schuldbekenntnis anderen Gesellschaften gegenüber moralisch überlegen zu fühlen und die eigene Nation damit erneut zu isolieren.

Doch erst der aus der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hergeleitete Versuch, sich selbst - also die eigene Persönlichkeit in ihrer Widersprüchlichkeit - zu verstehen, macht uns emphatisch und tolerant anderen Menschen und Kulturen gegenüber.

Preußen hat in der Gesamtheit seiner wechselvollen Geschichte in unserem Teil Europas ganz wesentlich die Entwicklung zu einem modernen Staat geprägt. Dies zu erinnern und im Bewusstsein zu bewahren, trägt zum Verstehen der Gegenwart bei und so ist der Namen „Preußische Seehandlung“ für die aktuelles künstlerisches und wissenschaftliches Arbeiten fördernde Stiftung durchaus passend.

Der Sozialhistoriker Jürgen Kocka, der 1988 mit einer Stiftungsprofessur der Seehandlung an die FU Berlin kam, sagte, auf Bismarck bezogen, wie kürzlich in einem Artikel Ulrich Lappenküppers in der FAZ (30. 01. 2023) nachzulesen war:

„Er ist Teil unserer Geschichte, differenziert zu erkennen und so zu beurteilen wie andere große historische Gestalten auch: mit Interesse, Faszination und Respekt, möglichst gerecht, selten einmütig, unter Kriterien seiner Zeit und der unsrigen."

Ich finde, dass diese Aussage auch für das Land Preußen und das Wirken der Seehandlungs-Societät zutrifft und in der gleichen Weise bemühen wir uns als Stiftung, frei von jedweden ideologischen Vorbehalten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler zu fördern, die unser gesellschaftliches Miteinander bereichern, auch wenn sie manchmal Widerspruch provozieren.

Stiftungsgründung

Der Grundgedanke der historischen Seehandlungs-Societät, nämlich mit ihren Erträgen zum Wohle der Bevölkerung Preußens zu wirken, sollte in einem ideellen Sinne durch die Förderung von Wissenschaft und Kunst weiterleben.

Besondere Verdienste um die Stiftungsgründung erwarben sich die beiden bereits erwähnten Liquidatoren der Seehandlung, Lililuise Ristow und Rudolf von Benningsen-Foerderer, und der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, so dass mit der rechtlichen Genehmigung der Satzung am 18. Juli 1983 die Stiftung handlungsfähig wurde. Dieser Tag ist daher das Gründungsdatum der Stiftung.

Die Gremien der Stiftung sind ein mindestens dreiköpfiger Stiftungsvorstand und ein Stiftungsrat, der eine Aufsichtsfunktion innehat und dessen Vorsitz kraft Amtes immer der jeweilige Regierende Bürgermeister von Berlin ist. Mitglied des Rates sind laut Satzung die für die kulturellen und wissenschaftlichen Angelegenheiten zuständigen Mitglieder des Senats von Berlin. Außerdem zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin, die aus seiner Mitte entsendet werden, und je zwei Persönlichkeiten aus dem kulturellen und wissenschaftlichen Leben Berlins.

Der erste Stiftungsrat, einberufen 1984 vom damaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen und unter seinem Vorsitz, hatte zunächst mit den Modalitäten der Übertragung des Vermögens der Berliner Pfandbrief-Bank zu tun.

Im gleichen Jahr fand auch die konstituierende Sitzung des Stiftungsvorstands statt mit dem Vorsitzenden Senator a. D. Walter Rasch MdA, dem vom Stiftungsrat die Geschäftsführung übertragen worden war. Bis 2019, also 35 Jahre lang, hatte er das Amt

inne und erwarb sich damit größte Verdienste um die Stiftung, aber, durch das Wirken der Stiftung, vor allem auch um das kulturelle Leben Berlins.

Förderschwerpunkte

Zum Prinzip wurde erhoben, dass die Stiftung in keinem Fall Aufgaben wahrzunehmen hätte, für die der reguläre Landeshaushalt aufkommen muss. Die Stiftung sollte unabhängig und verwaltungsfern arbeiten.

Der in der Satzung festgeschriebene Stiftungszweck, nämlich die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie von Kunst und Kultur, musste nun durch konkrete Projekte Form annehmen.

Nicht alle Förderschwerpunkte konnten jedoch aufgrund des einige Jahre nach der Gründung einsetzenden Rückgangs der Zinseinnahmen aufrechterhalten werden. So musste die bereits erwähnte Einrichtung von Stiftungslehrstühlen schon bald aufgegeben werden.

Auch die 1986 eingeführte Vergabe von Wissenschaftsstipendien, eine meist mehrjährige Förderung von Wissenschaftlern zur Beendigung ihrer Forschungsvorhaben, musste 1994 schon wegen der Flut von Anträgen wieder eingestellt werden.

Wichtig war, ebenfalls nur in den ersten beiden Dekaden, die Förderung des Erwerbs von Nachlässen und Sammlungen. Doch in diesen Jahren war bereits der Ankauf des Archivs der Gruppe 47 einschließlich des Archivs von Hans Werner Richter für die Akademie der Künste ermöglicht worden und für das Landesarchiv Berlin die Erwerbung des Nachlasses des 1977 verstorbenen Publizisten und Schriftstellers Hans Habe.

Von den weiteren Erwerbungen sei hier aus besonderem Anlass nur noch der 1996 erfolgte Kauf von Büchern der ehrwürdigen, 1828 gegründeten Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin als Dauerleihgaben für die Staatsbibliothek genannt, darunter „La geografia di Claudio Tolomeo Alessandrino“, 1561 in Venedig gedruckt, oder die von 1846 bis 1856 erschienene zwölfbändige Ausgabe der „Denkmäler aus Ägypten und Äthiopien“ von Richard Lepsius. Dadurch konnte die damals in großer finanzieller Not befindliche Gesellschaft gerettet werden und die Bücher blieben in Berlin.

Aber auch im Bereich der Denkmalpflege hat die Stiftung immer wieder gefördert und sich an Restaurierungen gefährdeter Artefakte, wie Denkmale, Bücher, Musikinstrumente oder Autographe beteiligt. Erwähnt seien Restaurierungen auf dem Alten Garnisonfriedhof, Restaurierungen von Musikinstrumenten für das Musikinstrumentenmuseum oder restauratorische Arbeiten von ausgewählten Bänden der Hausbibliothek der Gebrüder Grimm für die Humboldt-Universität.

Abbildung 19: Skulptur der Urania. Foto: Akademie der Künste

Ein ungewöhnlicher und kurzfristiger Antrag erreichte uns im vergangenen Jahr aus der Kunstsammlung des Archivs der Akademie der Künste: Für die Ausstellung Spurensicherung sollte eine der Skulpturen vom Dach des alten Akademie-Gebäudes Unter den Linden, das Anfang des vergangenen Jahrhunderts dem Neubau der Königlichen Bibliothek/Staatsbibliothek weichen musste, ausgestellt werden. Nur wenige Sandsteinfiguren des einstmals eindrucksvollen Bildprogramms aus dem frühen 18. Jahrhundert sind erhalten. (Eine Figur (Polyhymnia) steht im Schillerpark, vier sind im Hof der UdK in der Hardenbergstraße aufgestellt). Eine Skulptur, die Urania, hat die letzten Jahrzehnte verwittert und mit Graffiti verschmutzt im Kleistpark überdauert. Sie konnte durch die Unterstützung der Stiftung nach einer ersten konservatorischen Reinigung in der Akademie am Pariser Platz ausgestellt werden, verbunden mit einem ein 3d-Modell des Akademiegebäudes, durch das die historische Situation erläutert wurde und das gleichzeitig als Tastmodell blinden und sehbehinderten Besuchern als Orientierungshilfe diente.

Die Förderung der Drucklegung wissenschaftlicher und literarischer Publikationen war seit Anbeginn der Stiftungsarbeit ein Schwerpunkt, insbesondere solcher mit einem Bezug auf die Berlin-Brandenburgische und preußische Geschichte, aber auch die Herausgabe historisch-kritischer Werkeditionen. Über die Jahre sind etwa 600 Bücher mit Unterstützung der Stiftung Preußische Seehandlung entstanden.

Ein besonders wichtiges Editionsprojekt soll an dieser Stelle hervorgehoben werden: Die Edition der Tagebücher des Romanisten Victor Klemperer, die unter der Mitarbeit seiner Witwe Hadwig Klemperer herausgegeben wurden. Die Stiftung unterstützte diese Erscheinung mit einem Stipendium an Walter Nowojski, der die Recherchen, die Handschriftenübertragrungen, den zum Verständnis notwendigen Anmerkungsapparat und die Anfertigung eines Registers umsetzte.

Der später herausragende Publikumserfolg und die hohe Gesamtauflage der Tagebücher zeigten einmal mehr die Wichtigkeit dieses Förderzweigs. Auch die Neuausgabe des hoch informativen „Administrativen Statistischen Atlas vom Preußischen Staat“ von 1828 sei erwähnt.

Umso bitterer ist es, dass die Stiftung nach der Finanzkrise von 2007/2008 und auf Grund der stark gesunkenen Erträge das Programm der Druckkostenbeihilfe bis auf weiteres aussetzen musste. In Ausnahmefällen fördert die Stiftung bis heute Publikationen mit „Seehandlungsbezug“. Meine große, wenngleich vermutlich unrealistische Hoffnung ist immer noch, dass wir mit der Unterstützung von Partnern das Programm wieder aufleben lassen können.

Die Stiftung ist bei ihren Förderentscheidungen auch bereit, Risiken einzugehen, wenn ihr ein Projekt sinnvoll erscheint und sie den Antragstellern die Fähigkeit zutraut, es zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Ein besonderes Beispiel war auf Antrag der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Jahr 1996 die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zum Projekt „Auf Europas alten Achsen. Ein Literaturzug zur Jahrtausendwende“ mit beträchtlichen Mitteln.

Abbildung 20: Literaturexpress 2000. Foto: Radtke, Stiftung Preußische Seehandlung, S. 139

Mit der Zusage konnte in der Literaturwerkstatt unter Leitung von Thomas Wohlfahrt ein Planungs- und Koordinierungsbüro entstehen, und schließlich fuhr der Literaturexpress Europa 2000, von Lissabon über Brest und Moskau bis nach St. Petersburg. Damals war das alles noch möglich, bevor ein Eiserner Vorhang Europa erneut, nun weiter östlich und vermutlich für sehr lange Zeit, geteilt hat. Schon zu Beginn der Stiftungstätigkeit war festgelegt worden, dass die Literatur ein Förderschwerpunkt sein sollte, und zwar durch die Vergabe von Preisen und durch die Ausschreibung von Stipendien.

Berliner Literaturpreis und Literaturförderung

Seit 1989 vergibt die Stiftung bereits den hoch angesehenen Berliner Literaturpreis, der mehrfachen Modifizierungen unterlag. Er ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert und wird jährlich verliehen. Verbunden mit der Auszeichnung ist eine Gastprofessur für deutschsprachige Poetik am Peter Szondi-Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Freien Universität. Die Liste der bisherigen Preisträger ist beeindruckend und auch der nächste Preisträger, der in diesem Jahr in Zusammenhang mit dem Stiftungsjubiläum im September geehrt wird, ist wieder einer der bedeutendsten deutschen Schriftsteller.

Abbildung 21: © gezett, BLP 2020 Thomas Meinecke

Seit ihrem ersten Geschäftsjahr 1984 vergibt die Stiftung Literaturstipendien an in Berlin ansässige Schriftsteller oder, zwischen 1994 und 2003, auch Berlin-Stipendien für Schriftsteller aus Mittel- und Osteuropa. Ein Programm, dass sich nach dem Fall der Mauer zu einem wichtigen Zweig entwickelte für Schriftsteller, vornehmlich aus Ost-Europa, um sich in Berlin und mit dessen Literaturhäusern zu vernetzen.

Im vergangenen Jahr konnten wir einen Sonderfonds für ein Nothilfe-Programm in den Bereichen Kunst und Wissenschaft einrichten, durch den Forscher oder Künstler aus der Ukraine, sowie emigrierte und verfolgte Personen aus Russland unterstützt werden sollen. Ich freue mich sehr über die Partnerschaft mit dem Wissenschaftskolleg zu Berlin bei diesem Vorhaben, auf dessen Vorschlag seit Anfang Dezember die ukrainische Dichterin und Übersetzerin Marianna Kiyanovska als Gast-Fellow aufgenommen werden konnte.

Auch im Bereich der allgemeinen Projektförderung lag immer schon ein Schwerpunkt auf der Stärkung des literarischen Lebens in Berlin, indem zahlreiche literarische Veranstaltungen mitfinanziert worden sind und die Literaturhäuser der Stadt zu festen Partnern bei der Vergabe der Fördermittel der Stiftung wurden. Darunter zu nennen sei das Literarische Colloquium, das Literaturhaus in der Fasanenstraße, das Literaturforum im Brechthaus oder das ILB (das Internationale Literaturfestival Berlin), das Haus für Poesie oder LesArt – Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur.

Rahel Varnhagen von Ense-Medaille

Eine weitere Förderung im Literaturbereich ist seit 1993 die Rahel Varnhagen von Ense-Medaille, die an den bedeutenden literarischen Salon der Namensgeberin in der Zeit der Aufklärung und ihr beeindruckend unabhängiges Leben erinnert. (Rahel Varnhagen von Ense (1771-1833) Die Medaille wird in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa verliehen.

Sie dient der Auszeichnung von Persönlichkeiten oder in Berlin ansässigen Gruppen und Institutionen, die sich in besonderer Weise um die Förderung des literarischen Lebens in Berlin verdient gemacht oder die sich in ihrem literarischen Werk in besonderem Maße mit Berlin in Geschichte und Gegenwart auseinandergesetzt haben.

Abbildung 22: © Deus, Rahel Varnhagen von Ense-Medaille 1993, Walter Höllerer

Ihre Vergaberichtlinien wurden jüngst vor allem durch die Etablierung einer Jury grundlegend überarbeitet. Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Medaille und des 40-jährigen Stiftungsjubiläums wurde die zuvor undotierte Auszeichnung mit einer Dotation in Höhe von 10.000 Euro ausgestattet. Die Medaille wird in dieser neuen Form erstmalig am 22. September im Rahmen des Stiftungsjubiläums verliehen.

Theaterpreis Berlin

Zu den besonderen Ereignissen der Stiftung gehört seit 1988, aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Berliner Theatertreffens, der jährlich vergebene Theaterpreis Berlin für herausragende Verdienste um das deutschsprachige Theater. Das Preisgeld beträgt 20.000,00 Euro. Erster Preisträger war George Tabori. Bei allen ihren Preisen arbeitet die Stiftung bei der Auswahl der Preisträger zusammen mit unabhängigen und hochkarätigen Jurys, deren jährlich wechselnde Zusammensetzung vom Stiftungsrat beschlossen wird. Dies gewährleistet eine große Innovation der Entscheidungen und der Stiftung die Bewahrung einer neutralen Position.

Abbildung 23: © gezett, TP 2017 Herbert Fritsch

Wissenschaftsförderung

Zu den Desideraten der ersten Jahre gehörte die Etablierung eines Wissenschaftspreis, der jedoch aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten nicht realisiert werden konnte. Es ist daher für uns eine besondere Freude, dass wir zum 40. Bestehen der Stiftung in diesem Jahr einen Jubiläumspreis für Wissenschaft im Bereich der Geisteswissenschaften ausloben konnten. Er ist durch die großzügige Unterstützung des Wissenschaftskollegs zu Berlin an ein Fellowship am Wissenschaftskolleg gebunden. Natürlich wäre es schön, wenn daraus eine Tradition werden könnte. Doch derzeit handelt es sich um einen mit 20.000 Euro dotierten, einmaligen Sonderpreis.

Friedlieb Ferdinand Runge Preis für unkonventionelle Kunstvermittlung

Abbildung 24: Kapillarbild, Das chemische Wappen, Niedobitek, Friedlieb Ferdinand Runge, Jacobs Verlag, S. 326

Ein sehr besonderer und ungewöhnlicher Preis ist der bereits erwähnte, 1993 zum zehnjährigen Stiftungsjubiläum errichtete Friedlieb Ferdinand Runge Preis für unkonventionelle Kunstvermittlung, der im zweijährigen Turnus für außergewöhnliche Verdienste um die Vermittlung von Kunst vergeben wird. Den Vorschlag für den ungewöhnlichen Namen hatte der Gründer und erste Direktor der Berlinischen Galerie, Eberhard Roters, der über viele Jahre auch in den Gremien der Seehandlung mitwirkte.

Abbildung 25: © Katja Hentschel, FFRP 2021, Hanns Zischler

Der Preis erinnert an den bereits erwähnten Friedlieb Ferdinand Runge (1794-1867), den Chemiker, Naturwissenschaftler, Mediziner und Botaniker, den bedeutendsten Mitarbeiter der Seehandlungseigenen Chemischen Produktenfabrik in Oranienburg, der sich auch als Naturphilosoph und Schriftsteller einen Namen machte.

In seinen Arbeiten auf interdisziplinärem Gebiet, wie der Schrift „Musterbilder für Freunde des Schönen“ und „Bildungstrieb der Stoffe“, beide von 1855, überschreitet er

die Grenzen zwischen Wissenschaft und Kunst und ist damit gleichsam Vorläufer aktueller Kunstströmungen. Im Auftrag der Stiftung erschien 2011 im Jacobs Verlag eine eindrucksvolle Forschungsarbeit über Runge von Christa und Fred Niedobitek.

Eberhard Roters-Stipendium für Junge Kunst

Das seit 2000 vergebene Eberhard Roters-Stipendium für Junge Kunst zur Auszeichnung junger Künstler und der Förderung ihrer Arbeiten wird in Kooperation mit der Berlinischen Galerie ausgerichtet, die mit der finanziellen Unterstützung der Stiftung eine der künstlerischen Arbeiten des Preisträgers in ihre Sammlung aufnimmt. Das Stipendium ist mit insgesamt 15.500 Euro dotiert und wurde bisher alle zwei Jahre vergeben. Die Künstler sollten ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben und nicht älter als 35 Jahre sein, sich jedoch nicht mehr in Ausbildung befinden.

Abbildung 26: © Katja Hentschel, ERS 2020, Marta Djourina

Das Stipendium ist nach dem bereits erwähnten Berliner Museumsgründer Eberhard Roters benannt (1929-1994), der sich durch sein Eintreten für die Junge Kunst und seine Arbeit mit jungen Künstlern um das allgemeine Verständnis für aktuelle künstlerische Erscheinungsformen nicht zuletzt mit der Gründung der Berlinischen Galerie, besonders verdient gemacht hat.

Die nächste Vergabe des Stipendiums findet im Jahr 2024 statt und jährt sich mit dem 30. Todestag von Eberhard Roters.

Die Vergabe von Projektmitteln im Bereich Kunst und Kultur oder auch Wissenschaft und Forschung hat die Stiftung über die letzten nunmehr fast 40 Jahre zu einem

integrativen Teil der Berliner Kultur- und Wissenschaftswelt gemacht. Auch wenn auf Grund des rückläufigen Zinssatzes und der damit verbundenen rückläufigen Erträge die Etats zwar angepasst und stetig reduziert werden mussten, gehört die Projektförderung immer noch zu einem wichtigen Standbein der Stiftungsarbeit.

Über die Jahre konnten so unzählige wissenschaftliche Tagungen und Colloquien, Vorträge, Ausstellungen (z.B. hier die Fontane-Ausstellung 2019), Lesungen, Podiumsdiskussionen, aber auch Theaterstücke oder Literaturwettbewerbe wie der ‚Open Mike' an Berliner Literaturhäusern, Museen, Institutionen und Hochschulen ermöglicht werden.

Man mag sich fragen, wie die beeindruckend hohe Zahl an Förderprojekten möglich war bei einer allein kapitalfinanzierten Stiftung, deren Kapital zwar in den ersten Jahren erhöht werden konnte, das jedoch gleichwohl begrenzt ist.

Konnte man noch Anfang der 90er Jahre von einem Etat für die Zweckverwirklichung von jährlich bis zu 1.000.000 Euro ausgehen, so hat sich die Förderhöhe auf mittlerweile konstante 350.000 Euro eingespielt.

Die Erklärung für die weiterhin große Wirksamkeit ist einfach: Die Stiftung fördert Projekte in der Regel nur teilweise, doch ihr über die Jahre entstandenes hohes Ansehen und die genaue Prüfung jedes Antrags erleichtern es den Antragstellern, weitere Mittel zu akquirieren.

Und ein weiterer Grund für den Erfolg ist die überaus sparsame Haushaltsführung. Alle Gremienvertreter arbeiten rein ehrenamtlich mit, unterstützt durch eine kleine, aber überaus engagierte hauptamtliche Geschäftsstelle.

Ausblick: das 40-jährige Jubiläum

Dankbar sind wir in diesem Jahr für eine hohe Zuwendung der Stiftung Deutsche Klassenlotterie zum 40. Jubiläum der Stiftung, das vom 21. bis 23. September im ehemaligen Gebäude der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) am Gendarmenmarkt, dem heutigen Sitz der BBAW, begangen wird.

Dabei werden wir durch Preisverleihungen (Literaturpreis, Varnhagen-Medaille, Jubiläumspreis für Wissenschaft) und ein weiteres Veranstaltungsprogramm die Tätigkeit der Stiftung vorstellen.

Dafür wird ein Schwerpunkt der Förderung, nämlich die Aufarbeitung Brandenburgisch-Preußischer Geschichte und die moderne Preußenforschung, auf ein ureigenes Vorhaben der Stiftung konzentriert, nämlich, wie bereits ausgeführt, um ein Forschungsprojekt zur Geschichte der historischen Seehandlung auf den Weg zu bringen.

Dankbar sind wir, dass wir für diese große Aufgabe den Lehrstuhl für Brandenburgisch-Preußische Geschichte an der Universität Potsdam unter Frau Prof. Dr. Monika Wienfort gewinnen konnten, die als ersten Schritt eine Materialsichtung der Akten im geheimen Staatsarchiv veranlasst hat.

Mit Auswertung der Aktenlage können sich Themen und Fragestellungen eingrenzen lassen, die, sofern es gelingt, weitere Mittel zu akquirieren, in den kommenden Jahren das Forschungsfeld eines oder mehrerer Historiker werden könnten.

Beim Jubiläum wird bereits eine Publikation mit mehreren wissenschaftlichen Aufsätzen zur Seehandlung erscheinen und in einem Colloquium soll der aktuelle Forschungsstand skizziert werden.

Schon jetzt lade ich Sie zu den Jubiläumsveranstaltungen herzlich ein.

21. bis 23. September 2023

40-jähriges Stiftungsjubiläum in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft

Bereits jetzt können Sie sich das Datum der Jubiläumsveranstaltungen vormerken. Nähere Informationen erhalten Sie bald auf der Stiftungs-Website. Wenn Sie bisher noch keine Einladungen von uns erhalten haben, können Sie sich auch gern für unseren Verteiler anmelden unter post@stiftung-seehandlung.de
https://stiftung-seehandlung.de

Das Manuskript ist nur für den privaten Gebrauch bestimmt.